

Ein ganz normaler Job?

LAST UND LUST Vor zehn Jahren wurde die Sittenwidrigkeit käuflicher Liebe abgeschafft. Doch das Gewerbe bleibt anrühlich, die Frauen arbeiten weiter im Verborgenen. Die Devise lautet noch immer: Schweigen und kassieren

Von Astrid Prange

Sie wissen, was perfekten Service ausmacht? Sie erkennen die Wünsche Ihrer Kunden schon im Voraus? Und lösen kleine Probleme im Handumdrehen? Dann sollten Sie sich für einen faszinierenden Beruf entscheiden, bei dem Sie Ihre Fähigkeiten voll einsetzen können! Diese wohlformulierte Stellenbeschreibung einer großen deutschen Fluglinie im Internet richtet sich an potenzielle Flugbegleiterinnen. Doch wäre es denkbar, dass so auch eine Agentur für Luxus-Callgirls inseriert?

Für den deutschen Gesetzgeber ist dies nicht ausgeschlossen. Zehn Jahre nach der Abschaffung der Sittenwidrigkeit ist Prostitution anscheinend zu einem ganz normalen Beruf avanciert. Prostituierte haben Zugang zur gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Sie können ihren Lohn einklagen und sich in einem Bordell oder Laufhaus als sexuelle Fachkraft anstellen lassen. Sie wissen: Ihre Dienstleistungen werden hierzulande stark nachgefragt.

Prostitution ist in Deutschland seit 1927 eine legale und seit 1964 eine steuerpflichtige Dienstleistung. Doch ist sie seit der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes im Jahr 2002 wirklich ein ganz normaler Beruf? Ist es egal, womit man in unserer globalen Konsumgesellschaft sein Geld verdient?

Zumindest das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat darauf eine eindeutige Antwort: „Prostitution ist kein Beruf wie jeder andere und darf rechtlich nicht als zumutbare Option zur Sicherung des Lebensunterhalts gelten“, heißt es dort in einer offiziellen Stellungnahme zu den Auswirkungen des Prostitutionsgesetzes. Die Bundesagentur für Arbeit vermittele daher

keine Stellenangebote in diesem Berufsfeld. Die Ausbildung zur Liebeshilferin made in Germany, die ihren Kunden die Wünsche von den Augen abliest, bleibt also vorerst Fiktion. Nicht, dass für diesen Beruf keine besonderen Fähigkeiten gebraucht würden. Aber Hand aufs Herz: Welche Mutter würde sich freuen, wenn ihre Tochter eines Tages zur Tür hereinkäme und sagte: „Ich habe meinen Traumberuf gefunden!“? Es gibt wohl kaum Eltern, die ihre Tochter bei dieser Berufswahl unterstützen würden.

Die Normalität des horizontalen Gewerbes stößt immer dann an ihre Grenzen, wenn es um ganze normale, alltägliche Fragen geht. Zum Beispiel um Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. So ergab eine Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Frauenforschungsinstituts (SoFFI F) an der Evangelischen Hochschule Freiburg unter 300 Prostituierten und 30 Bordellbetreibern, dass nur 13 Befragte offiziell unter der Berufsbezeichnung Prostituierte krankenversichert waren. Ein Drittel war als Familienmitglied kostenlos mitversichert, 59 Prozent waren freiwilliges Mitglied einer Krankenkasse mit einer anderen Berufsangabe. Auch die Idee eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses stieß bei den befragten Frauen größtenteils auf Ablehnung. Rund 60 Prozent der Interviewten betrachteten einen Angestelltenvertrag nicht als wünschenswerte Option und fürchteten sich vor hohen finanziellen Abzügen.

„Doppelmoral und Heuchelei verschwinden nicht automatisch durch verordnete Gerechtigkeit und die Verabschiedung eines Gesetzes“, stellt Andrea Hitzke, Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission, klar. Die Beratungsstelle im Dachverband des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche von

Westfalen setzt sich seit 1918 für die Rechte von Prostituierten ein und bietet Opfern von Menschenhandel Hilfe an. Andrea Hitzke ist gespalten wie ihre Klientel. Einerseits kämpft sie gegen die Diskriminierung von Frauen, die anschaffen. Andererseits weiß sie aus der Praxis, dass Prostitution eben „kein Beruf wie jeder andere“ ist. „Prostituierte können ihrer Tätigkeit nicht langfristig nachgehen, ohne Schaden an Körper und Seele zu nehmen“, ist Andrea Hitzke zutiefst überzeugt. Sicherlich, es gibt viele Berufe, die krank machen. Der Kumpel im Schacht starb an Staublunge, und Krankenpflegerinnen leiden unter Bandscheibenvorfällen. Doch Prostituierte können bei berufsbedingten Krankheiten nicht auf Mitgefühl hoffen.

Die meisten Prostituierten wollen ohnehin kein Mitleid. Es gibt die Emanzipierten, die Sexarbeit als eine selbstbestimmte Tätigkeit ansehen (siehe Seite 4). Und es gibt die Opfer illegalen Menschenhandels. Ihnen hilft Kampf mehr als Mitgefühl. Gerade hat Alice Schwarzer Zeitschrift „Emma“ dem Thema eine große Strecke gewidmet. Tenor der Texte: Das Prostitutionsgesetz habe Deutschland zur Drehscheibe des internationalen Menschenhandels gemacht (siehe Interview unten). Die Beratungsorganisation „Hydra“ hingegen betrachtet genau das Gegenteil „als eine Chance bei der Bekämpfung des Frauenhandels“, weil es einen bisher im Graubereich liegenden Wirtschaftsbereich sichtbar mache.

Spätestens diese erbitterte Debatte zeigt, dass sich Prostituierte nicht in ein Klischee pressen lassen. Nymphomane Callgirls mögen die Fantasie von Freiern beflügeln und drogenabhängige Stricherinnen voyeuristisches Mitleid hervorrufen. Doch sie sind genauso wenig repräsentativ wie die viel zitierte Studentin, die der Prostitution im Nebenberwerb

nachgeht. Es gibt keinen Grund, Prostituierte an den Pranger zu stellen. Die Kunden der vermeintlichen Randgruppe kommen aus der Mitte der Gesellschaft.

Doch warum werden ausgerechnet Prostituierte an den Rand gedrückt von einer Gesellschaft, die lebenslange Treue zum Partner in Umfragen bekundet, aber immer seltener lebt? Warum werden sie und nicht in erster Linie die gutbürgerlichen Freier für die Erosion von Werten in der Gesellschaft verantwortlich gemacht? Warum ist es anscheinend verwerflicher, ins Bordell zu gehen, als per Internet einen Seitensprung zu verabreden oder mit Sex seine Karriere zu befördern?

Tatsache ist, dass sich der Bekenntnismut der Frauen im Milieu in Grenzen hält. Denn noch gilt die Devise: Schweigen und kassieren. Die Emanzipation der Sexarbeiterinnen ist ausgeblieben. Und daran wird sich wohl auch in Zukunft nichts ändern, trotz Prostitutionsgesetz. Denn glaubt man den bisher spärlichen Untersuchungen und Befragungen, bekennet sich die Mehrheit der Prostituierten bewusst nicht zu ihrer Arbeit. So gab sich beim Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes keine der befragten Frauen als Prostituierte zu erkennen. Und auch die Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Frauenforschungsinstituts ermittelte, dass viele Frauen ihre Tätigkeit als Prostituierte nur als „vorübergehende Episode in ihrem Leben“ betrachten und deshalb vor ihrem Freundes- und Bekanntenkreis geheim halten.

Auch die lächelnde Thailänderin aus dem Frankfurter Bahnhofsviertel rückt mit der Wahrheit gegenüber ihrer Familie nicht heraus. Die Sittenwidrigkeit ist nicht mehr im Gesetz, aber immer noch im Kopf verankert. Die Frauen erbringen somit selbst den Beweis, dass Prostitution kein normaler Beruf ist.

Welche Mutter würde sich freuen, wenn ihre Tochter eines Tages zur Tür hereinkäme und sagte: »Ich habe meinen Traumberuf gefunden. Ich will Prostituierte werden!«

FRAGEN AN HANS-PETER UHL

„Die Zuhälter haben gewonnen“

MENSCHENHANDEL Seit der Gesetzesänderung sei das Gewerbe noch brutaler geworden, sagt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Er fordert eine Reform

Christ & Welt: Warum setzen Sie sich für Prostituierte ein?

Hans-Peter Uhl: Als Christsozialer trete ich für den Schutz aller Menschen ein, und natürlich auch für den von Prostituierten. Aber der Schutz von Menschen und die soziale Anerkennung in der Gesellschaft sind zwei unterschiedliche Aspekte. Es wird nie gelingen, eine soziale Gleichwertigkeit zwischen der Tätigkeit einer Krankenpflegerin und einer Prostituierten herzustellen.

C&W: Vor zehn Jahren wurde die Sittenwidrigkeit der Prostitution per Gesetz abgeschafft. Verstößt sie weiterhin gegen die guten Sitten?

Uhl: Es war ein völliger Fehlgriff des Gesetzgebers, zu glauben, durch die Abschaffung der Sittenwidrigkeit Prostituierten helfen zu können. Man hat den Zuhältern geholfen und den Prostituierten geschadet. Und das müssen wir rückgängig machen.

C&W: Wodurch ist den Zuhältern geholfen worden?

Uhl: Die wirtschaftlich übermächtigen Zuhälter haben den Status eines norma-

len Gewerbetreibenden bekommen. Doch Prostitution ist kein normales Gewerbe und wird es auch nie werden. Wer das Prostitutionsgewerbe, sittenwidrig hin, sittenwidrig her, zu einem normalen Gewerbe macht, schafft die Kontrollmöglichkeiten ab. Dann siegt der wirtschaftliche Stärkere, und das ist der brutale Zuhälter und nicht die Prostituierte.

C&W: Der Bordellbetreiber steht nicht mehr mit einem Bein im Gefängnis, weil er nicht mehr wegen der Förderung von Prostitution angeklagt werden kann. Ist er jetzt ein ganz normaler Unternehmer?

Uhl: Natürlich nicht. Er ist es nicht und kann es nie werden.

C&W: Hat die Prostitution durch das Prostitutionsgesetz zugenommen?

Uhl: Sie hat dramatisch zugenommen, und die Strukturen haben sich verändert. Die organisierte Kriminalität im Gewerbe hat überhandgenommen, und die Prostituierten sind zunehmend auch Minderjährige aus Osteuropa. Die Szene ist krimineller geworden.

C&W: Das Gesetz wollte Prostitution doch aus der kriminellen Ecke heraus-

holen. Seit seiner Verabschiedung können Frauen ihren Lohn einklagen und einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsvertrag mit einem Bordellbetreiber abschließen. Ist davon Gebrauch gemacht worden?

Uhl: Natürlich nicht! Es ist eine absolut naive Vorstellung, dass Prostituierte einen gleichberechtigten Arbeitsvertrag als gleichberechtigte Arbeitnehmerinnen abschließen können. Da kann ich nur lachen!

C&W: In Skandinavien ist Prostitution verboten, und die Freier werden finanziell bestraft. Sollte diese Regelung auch bei uns eingeführt werden?

Uhl: Von der Freier-Bestrafung bin ich bis jetzt noch nicht überzeugt. Sie kann höchstens ein Aspekt in einem Bündel von Maßnahmen sein. Die Nachfrage nach Prostitution ist da und sie wird immer da sein. Deswegen bin ich auch gegen ein totales Verbot oder eine Kriminalisierung. Wir müssen mit der Nachfrage leben, aber in der Szene so viel wie möglich tun, um die Frauen vor kriminellen, brutalen Zuhältern zu schützen.

C&W: Was genau wollen Sie ändern?

Uhl: Ich will eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten einführen. Das heißt, der Betreiber muss nachweisen, dass er nicht kriminell ist, sonst bekommt er keine Gewerbeerlaubnis. Zweitens muss es Auflagen für die gesundheitliche, räumliche und sanitäre Ausstattung von Bordellen geben. Frauen dürfen nicht wie Vieh gehalten werden. Da herrschen zum Teil ganz entsetzliche Zustände. Wichtig ist die Kontrolle: Wenn die Auflagen nicht erfüllt werden, kann der Betrieb wieder geschlossen werden. Wir fordern auch eine Anzeigepflicht für Prostituierte. Sie sollen verpflichtet werden, sich regelmäßig einem Gesundheitstest zu unterziehen – zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz ihrer Kunden. Außerdem will die CSU, dass Prostitution unter 21 Jahren in Deutschland verboten wird.

C&W: Wie soll die Anzeigepflicht für Prostituierte in der Praxis aussehen?

Uhl: Ganz einfach: Sie kann durch unangemeldete Kontrollen in den bekannten Prostitutionsstätten und Sperrbezirken überprüft werden.

C&W: Könnte eine solche Anzeigepflicht den wachsenden Menschenhandel verringern?

Uhl: Es ist ganz offensichtlich, dass sich aus der Anzeigepflicht für Prostituierte unangemeldete Kontrollen ergeben und aus diesen wiederum Erkenntnisse über den organisierten Menschenhandel. Dies führt dann zur Bestrafung und Abschiebung von Menschenhändlern, und dadurch verringert sich auch die illegale Prostitution.

C&W: Werden die Prostituierten auch bestraft?

Uhl: Die Frauen werden gedrängt, genötigt, ihre Familien und ihre Kinder werden zum Teil erpresst. Wir sollten deshalb gerade bei dem schweren Straftatbestand Menschenhandel Möglichkeiten schaffen, dass die Prostituierten, die Opfer solcher Menschenhändler geworden sind, nicht bestraft werden, sondern einen legalen Aufenthaltsstatus bekommen. Nicht nur während des Prozesses, in dem sie aussagen und die Beweise für die Verurteilung der Menschenhändler erbringen, sondern auch, und das ist entscheidend, danach.

C&W: Das Bleiberecht ist eine alte Forderung vieler Hilfsorganisationen, die sich um Zwangsprostituierte kümmern. Ist diese Forderung mittlerweile auch in Ihrer Partei, der CSU, akzeptiert?

Uhl: Das müssen wir noch im Detail besprechen. Das ist rechtstechnisch nicht ganz einfach, aber lösbar.

C&W: Das heißt, das Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel ist jetzt auch in der CSU konsensfähig?

Uhl: Wenn man es richtig macht, dann ja. Die Fragen stellte Astrid Prange.

»Wir müssen mit der Nachfrage leben, aber so viel wie möglich tun, um die Frauen vor kriminellen Zuhältern zu schützen.«
Hans-Peter Uhl

